

Kreisausschuss beschließt: NWD-Kündigung wird zurückgenommen

Freie Wähler wollen dem Haushaltssicherungskonzept nun doch zustimmen

Nun ist der Weg frei für den weiteren Bestand der Nordwestdeutschen Philharmonie als Verein. Nach zähen Diskussionen und einer Sitzungsunterbrechung einigten sich gestern alle Fraktionen im Kreisausschuss mit Ausnahme der Freien Wähler auf die Rücknahme der Kündigung der Mitgliedschaft des Kreises in der NWD.

Zuvor muss noch geprüft werden, ob eine Rücknahme des Kreistagsbeschlusses rechtlich möglich ist. Sollte das nicht der Fall sein, soll der Kreistag am 15. Dezember den neuerlichen Beitritt erklären. Knackpunkt der Diskussionen war die Erklärung der Verlustübernahme aus Defiziten bis zum Jahre 2010 von rund 635.000 Euro durch den Kreis. Stattdessen soll der Mitgliedsbeitrag mittelfristig auf maximal 383.000 Euro festgeschrieben werden.

Voraussetzung dafür ist die Schaffung einer verlässlichen Struktur für das Lippische Landestheater und die NWD. Eine Satzungsänderung soll mit allen Trägern unter Federführung von Kreisdirektor Ralf Heemeier bis spätestens zum 30. Juni 2007 ausgearbeitet werden. Der Verlustausgleich soll durch die verstärkte Einwerbung von Drittmitteln erfolgen. Außerdem soll das Gutachten zur NWD umgesetzt werden. Es sieht unter anderem mehr Kostentransparenz und den Willen zu mehr Einwerbung von Sponsorengeldern (Drittmittel) vor. Inhaltlich lagen alle Fraktionen bis auf die Freien Wähler nah bei einander, trotz-dem dauerte es rund zwei Stunden, bis man sich auf einen tragfähigen gemeinsamen Beschluss geeinigt hatte.

Hans Stüwe (SPD) hatte gefordert, dass die Kulturlandschaft in OWL mit seinem wichtigen Baustein NWD neu gegliedert werden muss. Landrätin Lieselore Curländer (CDU) hatte den Kreisausschuss vor einem Domino-Effekt gewarnt, der eintreten würde, wenn kein klares Signal vom Kreisausschuss an die neun Städte und Gemeinden gegeben würde, die die NWD tragen. Letztlich zeigte Curländers Einschätzung Wirkung.

Beiläufig signalisierte Eckard Gläsker (Freie Wähler) bei der Einbringung des Haushaltes 2007 seine Zustimmung zum Haushaltssicherungskonzept. Damit ist ein Ende der vorläufigen Haushaltsführung des Kreises in Sicht. Damit verbunden auch die Erhöhung der Kreisumlage um 2,55 Prozent. Der Anhebung hatten kurz zuvor auch die Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis zugestimmt. Im Juni hatten sie bei der Bezirksregierung noch gegen die Erhöhung protestiert.